NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	1. Oktober 2019		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel		
Sitzungsbeginn:	18:15 Uhr	Sitzungsende:	20:25Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Herr Rumberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Herr Rumberg gratuliert mit der feierlichen Übergabe der Ernennungsurkunden anlässlich der Wiederwahl den Ortsvorstehern Frau Ebert, Herrn Käfer, Herrn Schneider und Herrn Koch.

Herr Wolframm wünscht, den TOP 6 in die Ausschüsse zu verweisen, weil die Unterlagen den Stadträten sehr kurzfristig zugestellt wurden.

Herr Rumberg plädiert für die Beibehaltung des TOP 6, weil es sich nur um eine reine Information handelt.

Herr Weinholtz regt an, den TOP 15 des nichtöffentlichen Teils in der nächsten Stadtratssitzung öffentlich zu behandeln.

Herr Rumberg ändert die Tagesordnung dahingehend, dass der TOP 15 auf die nächste Stadtratssitzung verschoben wird.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Damit ist sie in geänderter Form angenommen und die Nummerierung ändert sich entsprechend.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	1. Oktober 2019

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 22. August 2019
3. Beschlusskontrolle
4. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
5. Informationen und Anfragen
6. (Vorlage-Nr.: I 2019/012)
Fortführung der Nord-West-Tangente
7. (A 2019/007)
Antrag der CDU-Fraktion zur Unterstützung des ICAN-Städteappells

8. (A 2019/008)
Antrag der Fraktion Bürger für Freital auf Überprüfung der Stadträte auf Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR
9. (Vorlage-Nr.: B 2019/042)
Stadtrats- und Ausschusstermine 2020
10. (Vorlage-Nr.: B 2019/044)
Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.Dezember 2013 der Großen Kreisstadt Freital
11. (Vorlage-Nr.: B 2019/045)
Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.Dezember 2014 der Großen Kreisstadt Freital
12. (Vorlage-Nr.: B 2019/050)
Verordnung über die verkaufsoffenen Sonntage 2019
13. (Vorlage-Nr.: B 2019/052)
Antrag auf Anerkennung des Stadtteiles Burgk als Ausflugsort im Sinne des § 7 Abs. 3 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Rumberg stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 22. August 2019

Gegen die genannte Niederschrift liegen keine Einwendungen vor.

Tagesordnungspunkt 3

Beschlusskontrolle

Mit Datum 30. September 2019 ist den Stadträten die Beschlusskontrolle für das Jahr 2019 und die zurückliegenden Jahre zugegangen. Für Fragen steht der Bereich Stadtratsangelegenheiten zur Verfügung.

Tagesordnungspunkt 4

Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber

Zum Sachstand bezüglich der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden wird durch den Ersten Bürgermeister Herrn Pfitzenreiter informiert:

Es leben in dezentraler Unterbringung in Freital 97 Männer, 14 Frauen und 19 Kinder (insgesamt 130 Personen).

Herr Heger möchte wissen, wie viele Personen in der Berichtsperiode durch Änderung ihres Aufenthaltsstatus herausgegangen und wie viele dazugekommen sind.

Herr Rumberg erläutert, dass die Stadt diese Zahlenangaben vom Landratsamt (LRA) erhält. Die Verwaltung wird dazu beim LRA nachfragen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Tagesordnungspunkt 5

Informationen und Anfragen

Herr Rumberg berichtet über bereits schriftlich beantwortete Fragen:

-für die CDU-Fraktion: Sitzmöglichkeiten und Nichtraucherbereiche an Haltestellen und Kostenentwicklung bei dem Bauvorhaben „Bahnhof Potschappel“,

-für die AfD-Fraktion: Errichtung eines Fußgängerübergangs an der Straße Am Dorfplatz,

-für die Fraktion Freie Wähler Freital: Bedarf an Vorschulschwimmkursen,
-für die Seniorenbeauftragte: Aufstellung von Sitzbänken, Zustand der Gehwege auf dem Sauberg, Übermittlung von Jubiläen.

Herr Rülke dankt dem Oberbürgermeister für die ausführliche Beantwortung der Fraktionsanfrage zur Ausstattung der Haltestellen. Die CDU-Fraktion möchte erreichen, dass vom Stadtrat die Initiative ausgeht, die Freitaler Vertreter im Kreistag zu bitten darauf hinzuwirken, dass bei der Volkshochschule Freital künftig keine Mehrwertsteuer auf die Kostenbeiträge auf Kursangebote, die nicht unmittelbar der beruflichen Weiterbildung dienen, erhoben wird. Durch den Kreistag soll die Landesregierung gebeten werden, im Bundesrat einer solchen Regelung nicht zuzustimmen.

Herr Käfer informiert, dass am 8. Oktober 2019 18:00 Uhr eine Informationsveranstaltung im Kulturhaus zur Europameisterschaft 2021 in der Sportart Seifenkistenrennen (Speeddown) stattfindet. Am 13. Oktober 2019 gibt es im Stadtteil Somsdorf diesbezüglich eine Testfahrt; eine Vollsperrung der Hauptstraße von 10:00 bis 14:00 Uhr ist vorgesehen.

Die Sportgemeinschaft Kleinnaundorf hat sich beworben, im Jahr 2020 die Weltmeisterschaft in der Sportart Tamburelli (Tamburello) anlässlich des 10jährigen Bestehens ihrer Sektion auszutragen. Diese sportliche Betätigung hat in Kleinnaundorf mit 4 Familien begonnen, inzwischen gibt es 70 Mitglieder, davon 50 Kinder. Die Anmietung der Sporthalle im Beruflichen Schulzentrum „Otto Lilienthal“ Freital-Dippoldiswalde ist zu diesem Zweck für den 18. bis 19. Juli 2020 vorgesehen. Zu dieser Veranstaltung werden etwa 100 Teilnehmer aus Australien, Deutschland, England, Japan, Schottland und Schweden erwartet.

Herr Rumberg unterstützt das Vorhaben und hofft, dass die Sporthalle für das vorgesehene Wochenende noch frei ist.

Herr Gliemann kündigt zwei Anträge der Fraktion Freie Wähler Freital an. Es handelt sich bei dem ersten Antrag um die Vorverlegung des Windbergfestes 2021 im Jubiläumsjahr auf den Monat April oder Mai sowie im zweiten Antrag um die Instandsetzung des Reliefs des König-Albert-Denkmal (Windbergdenkmal). Die Arbeiten sollen bis zur 100-Jahrfeier der Stadt im Jahre 2020 in Auftrag gegeben werden. Die Freien Wähler Freital werden dazu unterstützend Spendengelder einbringen. Die erforderlichen Kosten müssen ermittelt werden.

Herr Heisig nimmt Bezug auf den Zustand des Fuß- und Rad-Wanderweges zum Poisenwald. Besonders im Bereich des Wachtelberges bis zum Wald befindet sich der Weg in einem unbefriedigenden Zustand (ausgewaschen und voller Steine). Ältere Menschen und Fahrradfahrer sind davon besonders betroffen. Es wird daher angeregt, eine kleine Sanierungsmaßnahme einzuplanen.

Herr Rumberg nimmt es zur Kenntnis und wird es prüfen lassen.

Frau Ebert nimmt Bezug auf die Situation der Kreuzung Hohe Str. / Pennricher Str. Es gab die Zusicherung zum Aufstellen eines Verkehrsspiegels. Die erhaltene Antwort der Stadtverwaltung ergab, dass in diesem Bereich eine Zick-Zack-Linie aufgebracht worden ist und damit wäre dem Anliegen entsprochen. Frau Ebert ist am heutigen Tag zu dieser Stelle gefahren, hat sich die Linienmarkierung angesehen, die sich im Kurvenbereich befindet, wo niemand parkt. Frau Ebert schlägt vor, einige Meter unterhalb dieses Verkehrsraumes ein Hinweisschild aufzustellen, dass bald ein Kreuzungsbereich folgt.

Herr Tschirner gibt dem Stadtrat zur Kenntnis, dass ein Antrag zur Errichtung eines modernen Hauptfeuerwehrstandortes von der Fraktion Bürger für Freital gestellt wird. Es soll der bestmögliche Standort der Hauptfeuerwehr nach vorliegender Standortanalyse, wenn

erforderlich auch Kaufgesuche anderer Immobilien eingeholt werden. Es wird gebeten, den Stadtrat bis Ende 2019 über den aktuellen Stand zur Standortfrage zu informieren.

Herr Rumberg gibt zur Kenntnis, dass im nächsten Haushaltsplan (HH-Plan) eine Haushaltsposition für eine neue zentrale Feuerwache vorgesehen ist. Der städtische Haushalt erhält dadurch eine besondere Belastung und der Kostenausgleich wird schwieriger. Es werden verwaltungsintern Lösungen bezüglich Drittmittel erwogen und zu gegebener Zeit Informationen gegeben.

Frau Weigel spricht zur Bushaltestelle „Pulverturm“ in Zauckerode – Wendeschleife, wo es keine Sitzbank gibt. Die Kinder sind im Winterhalbjahr in besonderer Weise der Witterung ausgesetzt. Sie bittet um eine schnellstmögliche Aufstellung eines Wartehäuschens. Frau Weigel dankt Herrn Schautz und seinem Team für die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit bisher vorgenommenen Sitzbankaufstellungen im Stadtgebiet. Frau Weigel trägt einen weiteren Punkt vor. Sie würde sich wünschen, dass das Weingut Pesterwitz im nächsten Jahr auf dem Windbergfest vertreten wäre.

Herr Just regt an, dass an allen Sitzbänken im öffentlichen Raum ein Papierkorb aufgestellt werden möge.

Tagesordnungspunkt 6	I 2019/012
-----------------------------	-------------------

Fortführung der Nord-West-Tangente

Frau Richter erläutert die Informationsvorlage zur Fortführung der Nordwest-Tangente.

Herr Schautz ergänzt Informationen zur bisherigen Inanspruchnahme von GRW-Fördermitteln im Rahmen des Straßenbauvorhabens. Da die Fortführung der Straße auf neuer Trasse dem Hochwasserschutz der Stadt dient, wäre das Vorhaben nach gegenwärtiger Auffassung gegebenenfalls förderfähig, auch wenn keine Gewerbestandortentwicklung damit eintreten würde, was sonst die Bedingung dafür sei.

Herr Brandau sieht im Bau dieses weiteren Abschnitts die Möglichkeit weitere Flächen entlang der Trasse erschließen zu können. Das Mobilitätsverhalten könne sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren erheblich ändern, daher sind aus seiner Sicht weitere Planungen nicht empfehlenswert.

Herr Rülke fragt, ob es in Hinblick auf die allgemeine Förderfähigkeit wegen Katastrophenschutz bereits Aussagen zu Fördersatzen gibt.

Frau Richter antwortet, dass der diesbezügliche Fördersatz derzeit 75 Prozent beträgt.

Herr Rumberg verweist darauf, dass beim Straßenbauvorhaben Rabenauer Straße, das mit Sperrvermerk unter Vorbehalt der Fördermittelzuwendung im HH-Plan enthalten ist, der Fördermittelfluss bisher nicht erkennbar wird. Daher sollte die Fortführung der Baumaßnahmen an der NW-Tangente realistisch, d.h. unter der Annahme von mehreren Jahren eingeschätzt werden.

Herr Frost fragt, welche der Varianten für die Anwohner die geringste Lärmeinwirkung erzeugt bzw. ob dieser Aspekt künftig eine Rolle spielen kann.

Herr Schautz erklärt, dass es bei den Voruntersuchungen keine Emissionsschutzuntersuchung gegeben hat. Eine solche wäre dann Teil des Verfahrens.

Herr Heger vermerkt, dass innerhalb der Variante 1b es zu DDR-Zeiten schon einmal eine Straße gegeben hat. Sie erscheint ihm als jene, die für die Anwohner die geringste Belastung bedeutet und mit guten Möglichkeiten für eine Neuerschließung von Bauflächen versehen ist.

Frau Richter erläutert, dass die Varianten, die sich durch das Gelände des Edelstahlwerks erstrecken würden, von der Werksleitung aus technologischen Gründen als nicht realisierbar eingeschätzt werden. Eine Untertunnelung der Werkseinfahrt ist mit sehr hohen Kostenaufwendungen verbunden. Eine Straßenführung über das oberhalb liegende Haldengelände ist nach der Sanierung der Haldenflächen von veränderten Randbedingungen betroffen. Früher war diese Trassenführung planbar, aber sie ist nun durch neue Aspekte nicht mehr möglich.

Herr Rumberg gibt zu bedenken, dass diese Varianten die teuersten sind.

Herr Just ist der Auffassung, dass die Variante 4 aus seiner Sicht nicht berücksichtigt werden sollte, da sie eine Rückführung des Schwerlastverkehrs in das Stadtgebiet bedeute. Die davon betroffene Wohnbebauung wäre durch Lärmschutzmaßnahmen zu schützen sowie eine Über- oder Unterführung der Fußgängerquerung am Busbahnhof erforderlich. Eine bestehende Brache könnte künftig ein Wohnbaustandort sein und daher auch gegen diese Trassenführung sprechen. Herr Just sieht Variante 2 als sinnvoll an, obwohl sie die gegenwärtig kostenintensivste Lösung darstelle. Die geradlinige Streckenführung, die unbeeinträchtigte Lage des Edelstahlwerks und der Verlauf entlang der Bahnböschung, die wie eine Lärmschutzmaßnahme wirkt, sprechen seiner Meinung nach für diese Variante.

Herr Tschirner sieht keine neue Erkenntnis im Vergleich zum Stand von 2013. Die Poststraße wird nach seiner Einschätzung die Verkehrsbelegung nicht aufnehmen. Daher bittet er die Stadtverwaltung, diesen Aspekt noch einmal zu untersuchen und verweist auf die weitere Entwicklung des Stadtzentrums. Ein anzunehmender Zuwachs des Radverkehrs sollte Berücksichtigung finden.

Herr Rumberg informiert, dass Flächen des Edelstahlwerks für diese Straßenbaumaßnahme nicht in Anspruch genommen werden können. Seitens der Stadt wurde über diese Aspekte mit der Werksleitung gesprochen. Weitere Studien sind bei der Haushaltslage nicht vertretbar, die Stadtstruktur ist so gewachsen und eine Änderung beim prognostizierten Verkehrsverhalten stellt in Frage, ob künftig überhaupt noch so viele Straßenflächen benötigt werden.

Herr Rülke bemerkt, dass der abgestimmte Sachstand in der Verwaltung seinem Eindruck nach alle Varianten außer 3b und 4 ausschließt. Bei der Dauer von Straßenbauvorhaben einschließlich des Planungsvorlaufs muss mit weiteren Kostensteigerungen gerechnet werden. Auch unter der Annahme eines künftigen Fördersatzes von 75 Prozent ist mindestens ein Eigenmittelanteil in Höhe von 4 Mio. EUR vorzusehen. Eine solche Kostenbelastung würde andere Dinge ausschließen. Es bleibt daher abzuwägen, welche Schwerpunktsetzungen in der Stadt wichtig sind. Es gibt beispielsweise Vorhaben bezüglich Feuerwache oder Kindertagesstätten, die zu beachten sind. Das Mobilitätsverhalten der Menschen wird sich ändern, andere Varianten der Personenbeförderung sollten daher bei den Planungen stärker in Betracht gezogen werden, da weniger Individualverkehr zu erwarten sein wird. Es ist fraglich, ob sich die NW-Tangente als Streckenalternative überhaupt als erforderlich erweist. Stattdessen sollte der Verkehrsdurchfluss auf der Dresdner Straße verbessert werden, damit sich an den Ampeln weniger Staus bilden.

Herr Heger verweist auf die Tatsache, dass die Stadt 39.000 Einwohner hat und diese auch noch in 10 Jahren von A nach B gelangen wollen. Es ist schwer vorstellbar, die Industrien in der Stadt mit Elektrofahrzeugen aufrechtzuerhalten und es sollte stattdessen in die Zukunft

geschaut werden.

Herr Rumberg stellt klar, dass der Verkehr in Freital funktioniert. Eine weitere Diskussion findet dazu hier nicht statt.

Frau Wachsmuth stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Herr Rumberg bringt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung. Von den anwesenden Stimmberechtigten spricht sich die Mehrheit für den Geschäftsordnungsantrag aus. Damit ist der TOP beendet.

Tagesordnungspunkt 7	A 2019/007
-----------------------------	-------------------

Antrag der CDU-Fraktion zur Unterstützung des ICAN-Städteappells

Herr J. Müller kommt. Somit sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rülke spricht zur Vorlage. Die Anregung zur Beschlussvorlage kam von Bürgern. Der Beschlussvorschlag soll ein Beitrag für die Sicherheit aller Bürger sein.

Herr Wolframm erklärt, dass die Fraktion Mitte-Links den Antrag begrüßt und unterstützt. Er stellt den Antrag, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: „Des Weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt, im Namen der Stadt Freital die Bundesregierung aufzufordern, sich an die Vereinbarung des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD zu halten. Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, sind abzulehnen.“

Herr Rülke macht sich die Ergänzung zu eigen und ändert den Beschlussvorschlag entsprechend.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 082/2019

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister den Städteappell der Initiative zur Abschaffung nuklearer Waffen (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons - ICAN) im Namen der Stadt Freital mit folgendem Wortlaut zu unterzeichnen:

Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.

Des Weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt, im Namen der Stadt Freital die Bundesregierung aufzufordern, sich an die Vereinbarung des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD zu halten. Autonome Waffensysteme, die der Verfügung des Menschen entzogen sind, sind abzulehnen.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	4

Tagesordnungspunkt 8**A 2019/008****Antrag der Fraktion Bürger für Freital auf Überprüfung der Stadträte auf Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR**

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 26. September 2019

Herr Tschirner spricht zum Antrag seiner Fraktion.

Herr Heger erklärt für die AfD-Fraktion, dass sie diesen Antrag unterstützt.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 083/2019

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister, die Mitglieder des Stadtrates auf eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR überprüfen zu lassen.
2. An die zu überprüfenden Stadträte sind Formblätter auszugeben, die dem Oberbürgermeister bis zum 1. November 2019 zuzustellen sind. Wer die Formblätter nicht abgibt, wird aufgefordert, sein Verhalten dem Stadtrat zu erklären.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Überprüfung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR umgehend zu veranlassen. Tagebuchnummern aus früheren Überprüfungen sind anzugeben.
4. Der Ältestenrat des Stadtrates bewertet die Überprüfungsfeststellungen und schlägt die weitere Vorgehensweise vor. Stadträte, denen eine Zusammenarbeit mit dem MfS/AfNS nachgewiesen wurde, werden aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen. Ihre Fraktionen werden aufgefordert, sich von diesen Mitgliedern zu trennen.
5. Gleiches gilt auch für die Nachrücker in dieser Ratsperiode.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	7
Stimmenthaltungen:	0

Stadtrats- und Ausschusstermine 2020

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss am 19. September 2019

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss am 24. September 2019

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 26. September 2019

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 084/2019

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Stadtrats- und Ausschusstermine einschließlich der Fortsetzungstermine für das Jahr 2020 entsprechend der Terminübersicht (Anlage).

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013 der Großen Kreisstadt Freital

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 26. September 2019

Herr Rumberg schlägt vor, diesen und den nachfolgenden TOP 11 bei der Erläuterung und Diskussion zusammenzufassen. Die Abstimmungen erfolgen voneinander getrennt.

Herr Funk als Stadtkämmerer erläutert die Vorlagen und geht näher darauf ein.

Herr Rumberg verdeutlicht, dass die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik eine Herausforderung für alle sächsischen Kommunen war. Es wird den beteiligten Mitarbeitern der Stadtverwaltung gedankt. Die Stadt war für die beiden Berichtszeiträume jederzeit liquide und zahlungsfähig. Freital liegt im Vergleich zu anderen sächsischen Städten im guten Mittelfeld.

Frau Kerger erläutert die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) in Bezug auf die beiden Beschlussvorlagen, die sich aus der Sächsischen Gemeindeordnung ergeben. Die Prüfungen des Rechnungsprüfungsamtes unterliegen gesetzlichen Fristen, die nicht eingehalten werden konnten. Die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 wurden im April und Anfang Juni des laufenden Jahres dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegt. Frau Kerger geht anhand einer Präsentation auf das Prüfergebnis des Rechnungsprüfungsamtes ein.

Herr Rumberg dankt dem Rechnungsprüfungsamt für die geleistete Arbeit.

Herr Rülke erkennt an, dass die Einführung der Doppik neben der laufenden Verwaltungstätigkeit erfolgt ist. Dafür dankt die CDU-Fraktion der Verwaltung und spricht ihr

Wertschätzung aus.

Herr Weinholtz erbittet Auskunft, wie die Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände vorgenommen wurde. Die Frage ergeht in Hinblick auf künftige Jahre, ob durch die Art und Weise der Bewertung Investitionsanreize geschaffen worden sein können. Eine weitere Frage seinerseits besteht darin, ob ab 2016 der Rechenschaftsbericht mit Anlage vorliegen wird.

Herr Rumberg stellt klar, dass die Eröffnungsbilanz realistisch sein muss, das Vermögen muss real eingeschätzt und abgebildet werden, um die Eröffnungsbilanz prüfungssicher vorlegen zu können.

Herr Funk informiert, dass die überörtliche Prüfung der Eröffnungsbilanz abgeschlossen ist. Der Jahresabschluss 2013 wird noch der Prüfbehörde übergeben. Das Ziel besteht darin, die folgenden Jahresabschlüsse ab 2015 vollständig aufzustellen, dabei alle notwendigen Unterlagen beizufügen. Herr Funk ergänzt, dass ab 2016 die Vorlage kompletter Unterlagen zwingend vorgeschrieben ist. Für 2015 ist deren Erarbeitung von den personellen Ressourcen der Verwaltung abhängig.

Herr Just meint, dass die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 sich durch nichts entschuldigen lassen, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass Firmen ihren Jahresabschluss im Folgejahr dem Finanzamt vorlegen müssen. Mit den sechs Jahre alten Jahresabschlüssen kann keine zukunftsorientierte Politik gemacht werden.

Zum Schlussbericht möchte er wissen, da in 2013 ein ordentliches Ergebnis von 39.000 EUR und 2014 die Stadt einen Minusbetrag von 3 Mio. EUR hatte, wie sich diese Position in das Folgejahr fortsetzt.

Herr Funk antwortet, dass sich die Angaben im Haushaltsplan nicht fortsetzen. Die Angaben im Jahresabschluss haben Auswirkungen auf die Folgejahre.

Herr Rumberg erläutert, dass die Umstellung von Kameralistik zur Doppik keine einfache Sache gewesen ist. Der städtische Jahresabschluss ist nicht mit dem einer GmbH zu vergleichen. Für die Erfüllung der gesetzlichen Fristen gibt es in diesen Dingen Übergangsfristen, die von der Stadt Freital eingehalten werden.

Herr Heger möchte wissen, ob bei der Feststellung der Jahresabschlüsse eine Verantwortung der Stadträte von heute für damalige Entscheidungen abzuleiten ist.

Herr Rumberg antwortet, dass für die Stadträte hierbei keine Haftbarkeit bestehe.

Herr Brandau wünscht sich, dass die Übersichten klar und verständlich sein sollten. Die Zahlen zwischen 2015 und 2018 liegen der Verwaltung vor. Könnten diese wesentlichen Zahlen zum Jahresergebnis für die Ausschussarbeit in kurzer Form, auf einem DIN-A4-Blatt den Stadträten übermittelt werden?

Herr Funk sagt, dass das für bestimmte Teilbereiche möglich ist, für andere noch nicht. Ansonsten hätte die Verwaltung die weiteren Jahresabschlüsse bereits vorlegen können. Die Liquiditätsplanung ist stets auf dem aktuellen Stand. Anders sieht es mit der Ergebnisrechnung einschließlich Bilanz (Vermögenslage) aus. Diese Zusammenstellungen sind sehr zeitaufwendig.

Herr Brandau bittet um einen Versuch, die Darstellung verständlich zu machen. Eine Kurzfassung der letzten Jahre wäre als Einblick hilfreich. Die vorliegenden Darstellungen der Jahresabschlüsse überfordern möglicherweise uneingeweihte Personen.

Herr Rumberg erklärt, dass diese Anregung mitgenommen und in der Dienstberatung erörtert wird.

Herr Wolframm fragt, welcher personelle Mehrbedarf sich für die Stadtverwaltung durch die Einführung der Doppik ergibt.

Herr Funk erläutert, dass grundsätzlich mit der doppelten Haushaltsführung mehr Arbeit entstanden ist und daher eine personelle Verstärkung in Überlegung ist. Es handelt sich um eine zusätzliche Stelle, ein langfristiger Personalüberhang soll jedoch nicht entstehen. Bis 2022 sollen die wesentlichen Dinge abgearbeitet sein. Kommunale Doppik bedeutet im wörtlichen Sinne doppelte Buchführung, in der Kommune ist das eine mehrfache Buchführung.

Herr Just möchte wissen, warum das System der kommunalen Buchführung überhaupt umgestellt wurde.

Herr Rumberg sagt, dass dies den Kommunen auferlegt wurde.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 085/2019

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013 der Großen Kreisstadt Freital.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	3

Tagesordnungspunkt 11	B 2019/045
Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 der Großen Kreisstadt Freital	

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 26. September 2019

Erläuterungen und Diskussionen sind gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 10 erfolgt.

Beschluss-Nr.: 086/2019

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 der Großen Kreisstadt Freital.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	4

Tagesordnungspunkt 12**B 2019/050****Verordnung über die verkaufsoffenen Sonntage 2019**

Herr Glöß spricht zur Vorlage und führt anhand des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes in den Sachverhalt ein.

Herr Rülke meint, dass die verkaufsoffenen Sonntage aus seiner Sicht unnötig sind und zu Lasten der Mitarbeiter gehen. Ohne Sonntage gibt es nur noch Werktage, daher empfiehlt er, die Vorlage abzulehnen.

Herr Gliemann vertritt die Auffassung, dass es staatlicherseits keinen Eingriff in die Gewerbehoheit geben und daher die Entscheidung über die Ladenöffnung den Unternehmen überlassen werden sollte. Es handelt sich um einen Tag im Jahr und die Gewerbesteuererinnahmen sind kein unwesentlicher Aspekt. Es sollte seiner Meinung nach den Händlern und deren Mitarbeitern die Chance gegeben werden, an diesem Adventssonntag ihre Handelseinrichtung zu öffnen.

Herr Frost gibt zu bedenken, warum nur der „Weißeritz Park Freital“ öffnen soll und nicht alle Geschäfte in Freital.

Herr Rumberg erläutert, dass das Stollenfest nur im Stadtteil Hainsberg stattfindet, daher der Anlass, dass das Center in diesem Zusammenhang öffnen kann, wenn es so beschlossen wird.

Herr Frost unterstützt die Argumentation von Herrn Gliemann. Der Antrag sollte auf weitere Händler ausgeweitet werden.

Herr Wolframm gibt zur Kenntnis, dass die Fraktion Mitte-Links unterschiedlich abstimmen wird.

Herr Tschirner schließt sich der Argumentation von Herrn Gliemann an. Es gibt viele Einrichtungen, deren Mitarbeiter an jedem Wochenende arbeiten müssen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 087/2019

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Verordnung der Großen Kreisstadt Freital über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	28
Davon stimmberechtigt:	28
Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	10
Stimmenthaltungen:	2

Nach der Abstimmung erklärt Herr Mahoche, dass er gegen diesen Vorschlag gestimmt habe. Der Sonntag gehört dem Sport.

Tagesordnungspunkt 13	B 2019/052
Antrag auf Anerkennung des Stadtteiles Burgk als Ausflugsort im Sinne des § 7 Abs. 3 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz	

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss am 24. September 2019

Herr Rülke verlässt die Sitzung. Somit sind 27 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Harder spricht zur Vorlage. Freital-Burgk ist ein Stadtteil mit erheblicher Besucherzahl, die sich aus seinem hohen Freizeitwert ergibt, u.a. durch das Stadion des Friedens, Schloss Burgk, Entdeckerland Oskarshausen sowie den Windberg als Wandergebiet.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 088/2019

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt die Verwaltung, einen Antrag auf Anerkennung des Stadtteils Burgk als Ausflugsort im Sinne des § 7 Abs. 3 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz zur erarbeiten und bei der Landesdirektion einzureichen.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	27
Davon stimmberechtigt:	27
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	3

Herr Rumberg beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.